

# Dänemark

Catharina Sørensen

Obwohl sich die EU-Debatten in Dänemark über die Dauer der deutschen Ratspräsidentschaft intensivierten, mit dem Europäischen Rat im Juni 2007 als Höhepunkt, so waren sie über den gesamten Berichtszeitraum in den dänischen Medien stark vertreten. Es wurden vor allem Fragen zur Energie und zum Klimawandel diskutiert, genauso wie die Berliner Erklärung, die Verhandlungen des Reformvertrages, die Frage eines dänischen Referendums und die Zukunft der dänischen Opt-outs. Neben diesen EU-spezifischen Themen standen einige nationale Ereignisse auf den Agenden, so z.B. die Entstehung einer neuen politischen Partei und hektische Diskussionen über den Sozialstaat.

## Energiepolitik und Klimafragen

Die dänische Regierung tritt erklärtermaßen für eine ehrgeizige und kohärente europäische Energiepolitik mit dem Schwerpunkt auf Energieeffizienz ein. Die dänischen Strategien richten sich auf den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien und auf ehrgeizigere Ziele einer effizienten Energienutzung. Diese Überlegungen spiegelten sich in einem gemeinsamen dänisch-schwedischen Vorschlag vor dem EU-Gipfeltreffen der Umweltminister im Februar wider, in dem verbindliche Abkommen bezüglich erneuerbarer Energien und eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 30% gefordert wurden. Man hoffte, dass diese Vorschläge dazu beitragen würden, auch für das Kyoto-Protokoll 2012 und für den 2009 in Dänemark stattfindenden UN-Klimagipfel einen vorantreibenden Akzent zu setzen. Der aktuelle Fokus auf Energiepolitik und Klimafragen geht Hand in Hand mit dem traditionellen dänischen Schwerpunkt auf der Umweltpolitik, die in der Bevölkerung breite Aufmerksamkeit und Unterstützung findet.

## Die Berliner Erklärung

Die dänische Regierung begrüßte die Berliner Erklärung, die im März von den Staats- und Regierungschefs der EU unterzeichnet wurde. Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen lobte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel für die Berücksichtigung dänischer Positionen. Doch nicht alle dänischen Akteure begrüßten die Erklärung. Unter den Kritikern befand sich die EU-freundliche Sozialliberale Partei, nach deren Meinung die abschließende Erklärung zu stark verwässert sei und konkrete Ziele für die Zukunft der EU vermissen ließe, was auch interne Gegensätze zwischen den Mitgliedsländern widerspiegeln würde. Die Partei veröffentlichte ihre eigene visionäre Erklärung mit einem Willkommensgruß an Kroatien und die Türkei als EU-Mitglieder. Auch die Dänische Volkspartei kritisierte die Berliner Erklärung, allerdings von einem euroskeptischen Standpunkt aus. Sie schlug Änderungen vor, die eine begrenztere Union ermöglichen würden, ohne dass dazu ein neuer Verfassungsvertrag oder künftige Erweiterungsrunden nötig wären.

---

Übersetzt aus dem Englischen von Gudrun Staedel-Schneider.

Die dänische Übersetzung der Berliner Erklärung wurde als zu politisch kritisiert. Der Staatsrechtler Henning Koch meinte sogar, dass es so viele Abweichungen in der Übersetzung gäbe, dass dies kein Zufall sein könne. Vor allem die Übersetzung des deutschen Wortes „Glück“ löste Diskussionen aus. Glück wird üblicherweise als „fortune“ oder „happiness“ übersetzt, aber in der dänischen Übersetzung stand „vores fælles bedste“, was „Gemeinwohl“ bedeutet. Koch interpretierte die erwähnten Abweichungen als absichtliche Versuche, die Berliner Erklärung den traditionellen dänischen Bedenenträgern über zu großen Souveränitätsverlust an die EU schmackhaft zu machen.

### **Verhandlungen über den Reformvertrag**

Mit Blick auf die Zukunft des Verfassungsvertrages betonte Rasmussen Ende Mai in seiner Abschlussrede vor dem dänischen Parlament, dass dieser einige sehr gute Elemente enthalte, die er in den anstehenden Verhandlungen bewahren wolle. Zu diesen Elementen gehörte der Kompromiss über die EU-Institutionen und das neue Entscheidungsverfahren. Doch es steht außer Zweifel, dass der dänische Ministerpräsident die Ansicht vertritt, dass ein neuer Vertrag einfacher sein solle als der vorherige, nach dem Motto: „So kurz und knapp wie möglich, so lang und umfassend wie nötig für eine effiziente EU.“ Der Ruf nach einem einfacheren Vertrag wurde im Parlament von den Sozialdemokraten, den Sozialliberalen und teilweise von der Sozialistischen Volkspartei unterstützt.<sup>1</sup>

Vor den Verhandlungen in Brüssel hätten nach Ansicht des dänischen Justizministeriums neun überwiegend technische Bereiche im Verfassungsvertrag einen Transfer dänischer Souveränität erfordert. Die dänische Regierung hatte daraufhin ein Referendum über den Verfassungsvertrag beschlossen. Dieser Beschluss war konform mit dem viel diskutierten Artikel 20 der dänischen Verfassung, der besagt, dass, wenn Dänemark Souveränität abgibt, ein Referendum abgehalten werden muss, falls im Parlament keine 5/6-Mehrheit gesichert ist. Da die Dänische Volkspartei, die Einheitsliste und Teile der Sozialistischen Volkspartei gegen den Verfassungsvertrag waren, würde eine solche Mehrheit nicht zustande kommen.

Im Vorfeld des Europäischen Rates wurde der durchgesickerte Entwurf des Reformvertrages in Dänemark intensiv diskutiert. Die Diskussionen drehten sich um die neun Punkte des Vertrages, die eine Ratifizierung durch ein Referendum nötig gemacht hätten. In mehreren Treffen konnten dänische Unterhändler und die deutsche Ratspräsidentschaft diese kontroversen Punkte aus dem Vertrag entfernen, was zu Vorwürfen von sowohl Befürwortern, wie auch Gegnern des Vertrages führte. Die Regierung hätte ihren Parlamentsauftrag gebrochen, indem sie absichtlich einen Text ausgehandelt habe, der nicht mehr in einem Referendum bestätigt werden müsse.<sup>2</sup> Die Regierung hielt dagegen, dass die Entfernung dieser neun Punkte keine absichtliche Strategie gewesen sei, um ein Referendum zu vermeiden, und betonte, ihre generelle Position sei es, dass es im Interesse Dänemarks liege, so wenig Souveränität wie möglich abzugeben. Mit Ausnahme der Einheitsliste und der Dänischen Volkspartei scheinen alle anderen Parteien im Parlament mit einer Ratifizierung ohne Referendum einverstanden zu sein, vorausgesetzt, dass keine Souveränität abgegeben wird.<sup>3</sup>

---

1 Ja partier dropper EU forfatning, in: Berlingske Tidende, 21.04.2007; Foghs europæiske mareridt, in: Jyllands-Posten, 06.06.2007.

2 Kjær, Jakob Sorgenfri: SF: Regeringen sjofler Folketinget, in: Politiken, 20.06.2007

3 Plenarsitzung über einen neuen Vertrag mit Mitgliedern der Europa-Kommission des dänischen Parlamentes, Christiansborg, 18.06.2007.

Dennoch löst die Frage „Referendum Ja oder Nein“ immer noch Diskussionen aus. Auch wenn die endgültige Version des Reformvertrages keine Artikel mehr enthalten sollte, die nach Meinung des Justizministeriums zu Souveränitätsverlusten führen, bleibt der Ruf nach einem Referendum aus politischen Gründen laut. Im Parlament setzen sich vor allem die Dänische Volkspartei und die Einheitsliste, beide eher Gegner einer dänischen EU-Mitgliedschaft, für ein Referendum über den Reformvertrag ein. Die Forderung der Dänischen Volkspartei kann das vermeintliche Ziel der Regierung – die Vermeidung eines Referendums – erheblich stören, da diese Partei die Minderheitsregierung unterstützt. Im Juli sagte ihr EU-Sprecher, der Abgeordnete Morten Messerschmidt, der Presse, dass, falls die Regierung die Forderung seiner Partei nach einem Referendum ignorieren sollte, diese nicht mit der Unterstützung für andere Projekte rechnen könne.

Auch zwei euroskeptische Bewegungen, die Juni-Bewegung und die Volksbewegung gegen die EU, setzen sich für ein Referendum ein. Nach dem Europäischen Rat im Juni begann die Volksbewegung gegen die EU mit einer Unterschriftensammlung für ein Referendum, um die Regierung weiter unter Druck zu setzen. Diese Bemühungen scheinen in der Bevölkerung ein breites Echo zu finden. Eine kürzliche Umfrage ergab 70% Zustimmung für ein Referendum.<sup>4</sup> Im Vergleich mit den Debatten in Großbritannien, den Niederlanden und in Polen sieht sich die dänische Regierung allerdings mit keinen so großen Bedenken gegenüber dem Reformvertrag konfrontiert.

### **Die Zukunft der dänischen Opt-outs**

Diese neuen Debatten über die Zukunft der Europäischen Union haben erneut die Aufmerksamkeit auf die vier dänischen Opt-outs – Euro, supranationale Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres, Verteidigung und EU-Staatsbürgerschaft – gelenkt. Außenminister Per Stig Møller (Konservative Partei) sagte im März, dass es eine neue Debatte über die Opt-outs geben würde, sobald ein neuer Vertrag ratifiziert sei. Er argumentierte, dass die Opt-outs die dänische EU-Mitgliedschaft zu sehr behinderten.<sup>5</sup> Im dänischen Parlament gibt es eine Mehrheit für ein Referendum über die dänischen Ausnahmeregeln und für die Abschaffung der vier Opt-outs.<sup>6</sup> Die fünf EU-freundlichen Parteien im Parlament (Liberalen, Konservative, Sozialdemokraten, Sozialliberale und Sozialistische Volkspartei) haben jedoch vereinbart, dass ein Referendum über die Opt-outs nicht mit einem möglichen Referendum über den Reformvertrag verknüpft werden sollte. Aktuelle Meinungsumfragen über die Opt-outs sind spärlich, doch sie bestätigen den Trend der letzten Jahre, dass eine Mehrheit der Dänen für ihre Abschaffung ist.

### **Sozialpolitik und eine neue politische Partei**

Nach den meisten Indikatoren prosperiert die dänische Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand. Es gab jedoch wachsende Bedenken unter Analysten, dass die Wirtschaft überhitze und dabei sei sich abzuschwächen. Aktuelle Debatten konzentrieren sich auf die Notwendigkeit den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat zu reformieren, auch unter dem Blickwinkel der demographischen Perspektive sinkender Arbeitskräftezahlen. Das gesamte politische Spektrum im dänischen Parlament ist sich einig, dass

4 Stort flertal for dansk EU-følgeafstemning, in: Politiken, 24.06.2007

5 UM – Tale af Udenrigsminister Per Stig Møller ved Europakonferencen den 23. marts på kunstmuseet Arken.

6 Fogh: EU-forbehold skal væk – på sigt, in: DR Nyheder/Politik, 24.03.2007.

Reformen notwendig sind, wenn man das gegenwärtige Niveau des Sozialstaates auch in Zukunft halten wolle. Steuer-liberale Think Tanks haben der Debatte eine gewisse Dringlichkeit gegeben, indem sie Reformen des Arbeitsmarktes gefordert haben, wie etwa längere Arbeitszeiten und eine rasche Senkung von Sozialleistungen und von Steuern.<sup>7</sup>

Ein kontroverser Punkt in den dänischen Arbeitsmarktdebatten war der Zustrom von Arbeitskräften vor allem aus Polen und den baltischen Staaten seit der Erweiterung von 2004. Vor der Erweiterung kam das Parlament zu einer Einigung über die Kriterien von Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen. Dieses so genannte Ostabkommen wurde 2006 überarbeitet. Trotz der Tatsache, dass Dänemark den Zugang für Arbeitsmigranten aus den neuen Mitgliedstaaten begrenzt hatte, tauchten immer wieder Meldungen über unterbezahlte osteuropäische Arbeiter in den Medien und Parlamentsdebatten auf. Die Gewerkschaften klagen häufig darüber, dass die Bestimmungen des Ostabkommens von Arbeitgebern oft umgangen werden, vor allem wegen der großen Anzahl nicht gewerkschaftlich organisierter Arbeitsmigranten.<sup>8</sup>

Auch die Steuerdebatten waren kontrovers und legten einen Graben zwischen den beiden Regierungsparteien offen. Die Konservativen würden die Steuern lieber sofort senken, während die Liberalen behaupten, dass dies noch nicht möglich sei, wolle Dänemark das Niveau seines Sozialstaates aufrechterhalten.<sup>9</sup> Auch die Opposition ist gespalten, wobei linksgerichtete Parteien Sozialleistungen den Vorzug vor Steuersenkungen geben.

Ein weiterer Beweis für die Bedeutung der Steuerfrage ist die Entstehung einer neuen politischen Partei in Dänemark: Die Neue Allianz ist eine Initiative des Abgeordneten Naser Khader, einem populären früheren Politiker der Sozialliberalen Partei (jetzt Parteivorsitzender), der Europaabgeordneten Anders Samuelsen (ebenfalls früher Sozialliberale) und Gitte Seeberg (früher Konservative). Die erste politische Forderung der drei Politiker war, die Steuern auf ein einheitliches Niveau von 40% zu senken. Die Neue Allianz hat noch kein Parteiprogramm vorgelegt, nur einige wenige politische Erklärungen abgegeben. Diese bezogen sich außer auf Steuersenkungen noch auf die Unterstützung der türkischen EU-Mitgliedschaft und die Abschaffung der dänischen Opt-outs. Es steht zu erwarten, dass diese Partei sehr EU-freundlich sein wird. Der Neuen Allianz wird zugetraut, einen großen Teil ihrer Wählerschaft bei den Sozialliberalen zu finden, aber es ist noch unklar, ob diese Entwicklung den linken oder den rechten Flügel im Parlament stärken wird. Die Partei erhielt sofort Unterstützung in der Öffentlichkeit: Meinungsumfragen zufolge würden bis zu 17% bei einer allgemeinen Wahl für diese Partei stimmen.<sup>10</sup>

### Weiterführende Literatur

Hvidt, Nanna/Mouritzen, Hans (Hrsg.): Danish Foreign Policy Yearbook 2007, Danish Institute for International Studies, Kopenhagen 2007.

---

7 Jørgensen, Bo: Rekordlav ledighed bekymrer, in: Jyllands-Posten, 2.6.2007.

8 Solund, Sune/ Iversen, Mette: Arbejdere fra øst: Polske avisbude arbejder illegalt, in: Politiken, 13.5.2007.

9 Larsen, Thomas: Skattekrigen mellem V og K optrappes, in: Berlingske Tidende, 27.5.2007.

10 Megafon/TV2 nyhederne, politisk indeks 10.05.2007. www.megafon.dk.